

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, PF 6176, 3001 Bern

Finanzdirektion des
Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern

Bern, 17. Dezember 2015

Steuerstrategie; Vernehmlassung zum Bericht des Regierungsrates

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Zustellung der Unterlagen zu Ihrer Steuerstrategie. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung.

Unter seiner Steuerstrategie versteht der Regierungsrat eine schrittweise Senkung des Gewinnsteuertarifs für juristische Personen – gestaffelt 2018/19/20/21 in 2 Varianten – sowie eine leichte Senkung der Kapitalsteuer mit dem Effekt, dass sich der Kanton Bern bei einer weitgehend statischen Betrachtung im interkantonalen Vergleich vom heutigen Rang 24 auf Rang 13 bzw. 16 verbessern kann. Bei den natürlichen Personen wird ausser einer Erhöhung des bereits auf 8'000 Franken erhöhten Drittbetreuungsabzugs auf 10'000 (analog Bund) nichts vorgeschlagen.

Um auf ein Sparpaket verzichten zu können, möchte der Regierungsrat die Motorfahrzeugsteuern und die amtlichen Werte der Grundstücke erhöhen sowie am umstrittenen Nationalbankfonds festhalten.

Grundsätzliches

Die FDP.Die Liberalen ist enttäuscht von der vorliegenden Strategie. Sie zeigt nicht auf, wie sich der Kanton Bern innert vernünftiger Frist aus seiner misslichen steuerpolitischen Lage im interkantonalen Vergleich befreien will. Insbesondere hinsichtlich der natürlichen Personen wird auf den St. Nimmerleinstag verwiesen.

Insofern hält die FDP.Die Liberalen die vorliegende Strategie mit Blick auf die grossrätlichen Beratungen für rückweisungswürdig.

Zu den juristischen Personen

Für die FDP.Die Liberalen ist die Strategie auf dem Hintergrund des Verhaltens des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Revision des Steuergesetzes 2016 eher überraschend, wurden doch freisinnige Anträge zu einer schrittweisen Senkung der Gewinnsteuern unter Hinweis auf die noch kommende Steuerstrategie bekämpft (sic!). Immerhin gibt der Regierungsrat mit der vorliegenden Strategie zu erkennen, dass die freisinnigen Forderungen auch aus seiner Sicht letztlich in die richtige Richtung gegangen wären.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass der Kanton Bern zufolge seiner Untätigkeit bei der Unternehmensbesteuerung im schweizerischen Vergleich auf Rang 24 abgerutscht ist, was nun einen veritablen Standortnachteil bedeutet.

Dass diese Situation nun mit Blick auf die Steuersenkungen anderer Kantone (getrieben durch die Unternehmenssteuerreform III) verbessert werden muss, hat die FDP.Die Liberalen schon lange gefordert. Insofern geht die Variante 1 in die richtige Richtung, muss aber bei ihrer Umsetzung sicher noch ausgebaut werden.

Zu den natürlichen Personen

Nach wie vor vermisst die FDP eine zukunftsorientierte steuerpolitische Strategie des Regierungsrates hinsichtlich der übermässig hohen Steuerbelastung der natürlichen Personen. Jedenfalls kann die bescheidene und kaum spürbare Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs von 8'000 auf 10'000 Franken kaum etwas bewirken und wirkt eher als Alibiübung. Auch hilft die Aussage nicht weiter, wonach die natürlichen Personen dann mit der nächsten Steuerstrategie ab 2022 in den Fokus genommen werden. Vorausschauende Politik sieht anders aus.

Die FDP.Die Liberalen fordert eine spürbare Senkung der Steuerbelastung der natürlichen Personen bzw. eine wesentliche Rangverbesserung im interkantonalen Vergleich innerhalb der in Rede stehenden Zeitperiode bis 2021.

Zur sog. Gegenfinanzierung

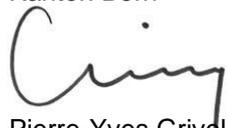
Mit der Gegenfinanzierung – man kann vom Volksentscheid betreffend Senkung der Motorfahrzeugsteuer halten, was man will – setzt der Regierungsrat seine eigene Glaubwürdigkeit und diejenige der gesamten Strategie aufs Spiel. Einen Volksentscheid nach so kurzer Zeit rückgängig zu machen, erachtet die FDP.Die Liberalen als nicht realistisch. Zum SNB-Fonds können wir sodann auch unsere damalige Vernehmlassung verweisen. Die Gelder der SNB in einen Fonds zu legen, widerspricht dem Prinzip von „true and fair“, also dem Grundsatz, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln muss.

Auch die Anpassung der amtlichen Werte lehnen wir im heutigen Zeitpunkt ab. Es entspricht nicht der Fairness, quasi auf dem Höhepunkt der Immobilienpreisentwicklung nun eine Erhöhung vorzunehmen. Auch wissen wir heute nicht, wie sich die Liegenschaftspreise in Kürze entwickeln (z.B. als Folge der Umsetzung der MEI). Überdies ist der Verwaltungsaufwand mit rund 15 Mio. Franken doch sehr erheblich.

Der Vollständigkeit halber weisen wir darauf hin, dass der Kanton Bern nicht umhinkommt, ein weiteres Paket zwecks Ausgabensenkung zu schnüren. Steuersenkungen mit Steuererhöhungen zu finanzieren erscheint ja irgendwie pervers.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen und grüssen Sie freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Pierre-Yves Grivel
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer